

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin: Mittwoch, 24.01.2018
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:00 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende
Meyer, Elfriede

SPD-Fraktion
Götze, Horst
Meinen, Regina

GfE-Fraktion
Kruse, Detlef
Kruse, Doris

CDU-Fraktion
Kronshagen, Heinrich
Ringena, Hermann Dr.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Marsal, Andrea

FDP-Fraktion
Frerichs, Uwe
Mälzer, Frank

Beratende Mitglieder
Geerken, Rainer
Hempel, Rainer
Kamer, Stefan
Kandziora, Marianne
Kröger-Vodde, Erasmus
Kunstreich, Jasmin Christina
Müller-Goldenstedt, Peter-Florian

Verwaltungsvorstand
Jahnke, Horst Erster Stadtrat

von der Verwaltung
Decker, Ubbo Dr.
Knochenhauer, Annett
Snakker, Kerstin
Hilbers, Sabine

Protokollführung
Lendzion, Daje

Gast
Kapapa, Andrea „KummRin“, zu TOP 6

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau E. Meyer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls über die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 9), des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 6) und des Schulausschusses (Nr. 7) am 25.10.2017 - öffentlicher Teil

Beschluss: Das Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 9), des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 6) und des Schulausschusses (Nr. 7) vom 25.10.2017 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Genehmigung des Protokolls Nr. 7 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 15.11.2017 - öffentlicher Teil

Beschluss: Das Protokoll Nr. 7 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 15.11.2017 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 6 Vorstellung der Angebote und Leistungen des "KummRin"
Vorlage: 17/0569

Frau Knochenhauer erläutert, in der Sitzung am 23.11.2016 seien beim sog. Auftaktworkshop im Dialog Schwerpunktthemen gesammelt und anschließend priorisiert worden. Das Thema „Drogenprobleme in Emden“ sei am höchsten priorisiert worden. Zu dieser Thematik habe es bereits zwei Vorträge gegeben und auch der heutige Vortrag diene der Abarbeitung dieser

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Thematik. In der Sitzung am 14.03.2018 sollen die weiteren priorisierten Punkte Nr. 2 - Förderung junger Ausbildungssuchender-, Nr. 3 - Heranziehung zur Arbeit (1 €-Jobs), Nr. 6 - Sozialer Arbeitsmarkt/Vermittlung von Schüler/innen in Ausbildung - und Nr. 8 -Förderung von Langzeitarbeitslosen über 50- unter dem TOP „Aktivitäten und Maßnahmen des Jobcenters“ sowie in der Sitzung am 30.05.2018 die Thematik „Obdachlose Jugendliche – auch nach Haftentlassung“ behandelt werden. Zu dem seinerzeit priorisierten Punkt Nr. 7 - Ehrenamtlichkeit - Freiwilligenagentur teilt sie mit, dass ein Antrag auf Förderung einer freiwilligen Agentur gestellt worden sei. Zu gegebener Zeit werde diesbezüglich ebenfalls berichtet. Es gelte nach wie vor, diese Themenliste, deren ersten acht Punkte sie aufgegriffen habe, nach und nach abzuarbeiten.

Frau Kapapa stellt anhand einer Power-Point-Präsentation die Angebote und Leistungen des „KummRin“ vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau E. Meyer bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Frau Meinen bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Die SPD-Fraktion habe vor 1 ½ Jahren die Einrichtung besucht. Diese sei in der Stadt Emden äußerst wichtig. Der Verein „Das Boot“ habe sich stetig vergrößert. Dies sei äußerst bemerkenswert. Die Besucherzahlen in der Anlaufstelle seien äußerst hoch. Sie bedankt sich für den geleisteten Einsatz. Die von einigen politischen Fraktionen geforderten Streichungen seien glücklicherweise nicht umgesetzt worden.

Herr Kronshagen schließt sich der Äußerung von Frau Meinen an. Die Einrichtung sei eine äußerst wichtige Anlaufstelle in Emden. Er stellt fest, dass die meisten Besucher aus dem Stadtteil Barenburg kommen und somit von dort, wo die Einrichtung vor Ort sei. Seines Erachtens liege beispielsweise Borssum zu weit entfernt.

Herr Mälzer bedankt sich für den Vortrag. Die Institution müsse unterstützt und weiter gefördert werden. Er fragt, wie viele Besucher an der Zufriedenheitsbefragung teilgenommen haben.

Frau Kapapa entgegnet, an der letzten Zufriedenheitsbefragung hätten 30 Besucher teilgenommen. Die Befragung werde jährlich durchgeführt.

Frau Kruse bedankt sich für die ausführlichen Informationen. Es sei eine sehr wichtige Angelegenheit. Die GfE-Fraktion wolle die Einrichtung ebenfalls gerne besuchen und mit Frau Kapapa Kontakt aufnehmen. Sie bittet um Auskunft, wie das Frühstück und der Mittagstisch finanziert werden. Ebenso möchte sie wissen, ob Frau Kapapa die einzige hauptamtliche Kraft sei.

Frau Kapapa führt aus, dass die Suppenküche zum Bereich Tagesstruktur – Arbeit – Beschäftigung (TAB) gehöre. Das Frühstück werde von den Besuchern bezahlt. Dies sei nicht kostenlos. Ebenfalls müsse für Tee und Kaffee für einen ganzen Nachmittag 1 € bezahlt werden. Es werde Zucker, Milch und sauberes Geschirr bereitgestellt. Die Unterstützung erfolge hauptsächlich durch die Besucher, die sich ganz aktiv einbringen und ebenso Verantwortung tragen. Es basiere jedoch alles auf Freiwilligkeit, sodass die Besucher nicht überlastet seien. Die Besucher fühlen sich somit nicht durch Aufträge unter Druck gesetzt.

Frau Marsal bedankt sich für den informativen Vortrag. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe sich ebenfalls die Räumlichkeiten angeschaut. Es sei ein guter Baustein für das Netzwerk, das in Emden für psychisch Kranke aufgebaut worden sei. Die Arbeit sei äußerst wichtig. Sie schlägt vor, dass sich die weiteren Einrichtungen des Vereins „Das Boot“ in den nächsten Ausschusssitzungen vorstellen. Als Beispiel nennt sie das Angebot Tagesstruktur – Arbeit – Beschäftigung (TAB).

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Frau Kandziora stimmt dem Vortrag von Frau Kapapa zu. Die Besucher könnten die Einrichtung ohne Verpflichtung besuchen. Die Leute würden sich in den Räumlichkeiten geborgen fühlen. Der Rat müsse eine solche Einrichtung auch weiterhin unterstützen.

Herr Dr. Ringena fragt, inwieweit die Besucher in dem strukturellen Tagesablauf und in dem Arbeitsprozess eingegliedert und eingebunden werden. Die Besucher könnten beispielsweise beim Kochen, Abwaschen oder Aufräumen helfen.

Frau Kapapa schildert, dass die Besucher eine ganze Menge mittragen. Der Thekendienst sei eine klar strukturierte Aufgabe, die regelmäßig von den Besuchern übernommen werde. Die gewählten Teammitglieder würden äußerst motiviert mitwirken. Es sei für die Besucher ein fester Tagespunkt, da diese meist nicht im Arbeitsleben integriert seien. Die Einrichtung funktioniere nur, wenn die Besucher mithelfen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 7 Abschluss einer Vergütungsvereinbarung für die Durchführung einer Rollstuhlfahrerbeförderung; Anpassung der Vergütung nach Kündigung der Vergütungsvereinbarung durch die Firma Elmenhorst
Vorlage: 17/0570

Frau Snakker berichtet anhand der Vorlage 17/0570 über den Abschluss einer Vergütungsvereinbarung für die Durchführung einer Rollstuhlfahrerbeförderung durch die Firma Elmenhorst.

Frau E. Meyer bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Kronshagen stellt fest, dass die Vorlage hervorragend ausgearbeitet sei. Die Schilderungen seien gut nachvollziehbar. Die CDU-Fraktion halte die Forderung der Firma Elmenhorst für gerechtfertigt. Durch die Vereinbarung entstehe ein geringerer Aufwand für die Bürger und die Verwaltung.

Herr Mälzer stellt fest, dass die Qualität und die Zusammenarbeit mit der Firma Elmenhorst hervorragend sei. Trotz einer Art Monopolstellung gehe die Firma äußerst verantwortungsvoll und sorgsam mit der Aufgabe um. Die FDP-Fraktion unterstütze den Abschluss dieser Vergütungsvereinbarung.

Herr Kruse fügt hinzu, dass die Firma Elmenhorst das entsprechende Equipment bereits seit Jahren vorhalte. Die GfE-Fraktion befürworte diese Vereinbarung ebenfalls. Er möchte wissen, ob die 20 € pro Fahrt pauschal abgerechnet würden oder ob es eine Kilometerbegrenzung gebe.

Frau Snakker teilt mit, dass es sich tatsächlich um einen Pauschalpreis handele. Bei der Berechnung sei ein durchschnittlicher Kilometerwert von 4,5 km angesetzt worden. Für den Betroffenen sowie für die Verwaltung würden keine Mehrkosten entstehen, wenn die Fahrt mehr Kilometer aufweise. Weiterhin weist sie darauf hin, dass die Firma Elmenhorst trotz der langen Verhandlungen immer ein fairer Verhandlungspartner gewesen sei und eine angenehme Verhandlungsatmosphäre bestanden habe.

Herr Götze finde die Höhe des Pauschalpreises ebenfalls gerechtfertigt. Der Mindestlohn sei in den letzten Jahren auf 9,84 € erhöht worden und gelte ebenso für die Taxifahrer. Diese Tatsache finde sich in der Vergütungsvereinbarung wieder.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

TOP 8 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Frau Knochenhauer teilt mit, zum 01.01.2018 sei ein neuer Fachdienst Gemeinwesenarbeit im Fachbereich Gesundheit und Soziales eingerichtet worden. Der Fachdienst befinde sich derzeit im Aufbau und werde in der nächsten Sitzung mit seinen derzeitigen Strukturen, Aufgaben und Projekten vorgestellt.

TOP 9 Anfragen

1. Ergebnis Informationsworkshop - Prioritätenliste

Herr Götze bittet darum, die Priorisierung der Schwerpunktthemen den Ausschussmitgliedern zuzusenden.

Frau Knochenhauer macht darauf aufmerksam, dass die Liste dem Protokoll der Sitzung vom 23.11.2016 hinzugefügt worden und über die Sitzungsunterlagen abrufbar sei.

2. Einladung der Gruppe „AKSB“ des Kreistages Aurich

Herr Mälzer erläutert, am 18.01.2018 sei in einer gemeinsamen Sitzung des Kreistages Aurich und des Rates der Stadt Emden ein Eckpunktepapier für ein Medizinkonzept zur Zukunft der Kliniken Aurich, Emden und Norden vorgestellt worden. Anschließend habe er von der Gruppe „AKSB“ des Kreistages Aurich per E-Mail eine Stellungnahme und Einladung erhalten. Seines Wissens hätten alle Ratsmitglieder dieses Schreiben erhalten. Die „AKSB“ unterstelle gegenüber der jetzigen Geschäftsführung der Trägergesellschaft einen Vertrauensmangel. Diese Aussage könne er nicht nachvollziehen. Die Gruppe komme zu dem Entschluss, dass der Auftrag unbefriedigend war und die defizitfreie Situation nicht hergestellt werden könne. Insgesamt sei die Situation sehr unbefriedigend. Nach Ansicht der „AKSB“ gebe es klare Alternativen, die ein Konzept unter Beibehaltung der drei Standorte aufweisen. Dieses Konzept solle bei der Veranstaltung vorgestellt werden. Ebenso würde sich eine kompetente neue Geschäftsführung vorstellen. Er fragt, wie die Ratsmitglieder mit dieser Einladung umgehen werden. Die Geschäftsführung habe den Auftrag erhalten, die zweitbeste Lösung nach dem Scheitern der Zentralklinik zu finden. Seines Erachtens sei dies die vorgestellte Lösung mit zwei Schwerpunktstandorten und einer langsamen Schließung des Standortes Norden. Er bittet um Meinungsäußerung, ob alle Ratsmitglieder die Einladung ignorieren sollten oder ob bei der Veranstaltung der Rat zu dieser Thematik klar Stellung beziehen sollte.

Frau E. Meyer ist der Ansicht, dass alle Ratsmitglieder selbst entscheiden sollten, ob sie an der Veranstaltung teilnehmen. Sie sei persönlich mit der Arbeit der derzeitigen Geschäftsführung zufrieden. Sie bittet um weitere Äußerungen der Ausschussmitglieder.

Herr Götze meint, dies sei eine private Veranstaltung. Seines Erachtens sollte dies ignoriert werden. Es gebe bereits Anzeichen, dass sich Ärzte teilweise Zwischenzeugnisse ausstellen lassen. Die Ärzte würden sich nun andere Arbeitsplätze suchen. Dieses Problem müsse dringend bekämpft werden.

Herr Dr. Decker bestätigt dies. Es seien jedoch bisher nur Gerüchte. Durch die Diskussion entstehe selbstverständlich eine Unsicherheit bei den Beschäftigten. Jeder Beschäftigte des Klinikums in Norden werde über seine Zukunft nachdenken. Die anderen Kliniken seien ebenfalls von der Verunsicherung betroffen. Er halte es für wichtig, möglichst zügig ein klares Konzept zu beschließen, sodass die Mitarbeiter wieder Zukunftssicherheit erhalten.

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Mälzer gibt Herrn Dr. Decker Recht, dass möglichst schnell eine Lösung vereinbart werden müsse. Seines Erachtens könne die Lösung nur die von Herrn Eppmann und Frau Dr. Gesang vorgestellte Struktur sein. Diese Position sollte seines Erachtens bei der Veranstaltung der „AKSB“ vorgetragen werden. Selbstverständlich müsse jedes Ratsmitglied privat über die Teilnahme an der Veranstaltung entscheiden.

Herr Jahnke bemerkt, der Gruppe „AKSB“ könne natürlich nicht verboten werden, im Rahmen der politischen Arbeit Mitglieder aus anderen Fraktionen einzuladen. Die Zentralklinikgegner hätten ebenfalls damals gewisse Informationsveranstaltungen zu dieser Thematik durchgeführt. Das dort vorgestellte Konzept werde vermutlich nach der Veranstaltung ebenfalls in der Öffentlichkeit dargestellt. Die jetzige Situation trage zur Verunsicherung bei. Er stellt klar, dass der Standort Norden nicht sofort geschlossen werde. Das von der Geschäftsführung vorgestellte Konzept werde ebenfalls über einen Zeitraum von acht bis zehn Jahren umgesetzt. Dies sei für die Beschäftigten am Standort Norden äußerst wichtig. Es sei ein langfristiger Prozess. Es wäre begrüßenswert, wenn tatsächlich ein schlüssiges Alternativkonzept dargestellt würde. Dies sei bisher nicht erfolgt.

3. Flüchtlingsnachzug

Herr Kronshagen bittet um Auskunft, inwieweit die Stadt Emden auf den künftigen Flüchtlingsnachzug vorbereitet sei. In Emden lebe eine große Anzahl alleinstehender und verheirateter Flüchtlinge, bei denen mit Familiennachzug zu rechnen sei. Er fragt, ob noch entsprechender Wohnraum frei sei.

Frau Knochenhauer sagt eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Anmerkung der Protokollführung:

Lt. Mitteilung des Fachdienstes Wohnen ist nach den nunmehr geplanten gesetzlichen Vorgaben derzeit nicht mit einer höheren Anzahl von Familiennachzügen als bisher zu rechnen. Trotz des im vergangenen Jahr vorgenommenen massiven Abbaus von leerstehendem Wohnraum ist nach derzeitigem Kenntnisstand davon auszugehen, dass auch in diesem Jahr bei Bedarf voraussichtlich ausreichender Wohnraum für Familiennachzüge vorhanden ist. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die Familiennachzüge mit einer Vorlaufzeit von mehreren Monaten erfolgen und die Hilfeempfänger gehalten sind, sich selbst um ausreichenden Wohnraum für ihre Familie zu bemühen, was bisher auch in der überwiegenden Anzahl, z. T. mit Unterstützung durch die Flüchtlingshilfe der Stadt, auf dem freien Wohnungsmarkt gelungen ist.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.